

Großprojekte: Schulen-Kindergärten-Schloss

Nun sind wir endlich mit zwei unserer Großprojekte in der ganz konkreten Phase angekommen: Die Jakob-Gretser-Grundschule konnte vor wenigen Wochen nach jahrelangen Diskussionen, jetzt aber begleitet von ganz allgemeiner Unterstützung durch Lehrerkollegium, Elternvertretern, Verwaltung und Gemeinderat den Startschuss für die Umsetzung der Konzeption des Büros Weinbrenner.Single.Arabzadeh vernehmen. Es war ein langes Ringen, bis wir diesen Gleichschritt erreicht haben. Ich hätte das Ziel gerne schneller erreicht. Aber: Wenn wir nun mit allgemeiner Begeisterung, so wie ich es aktuell verspüre, und nicht mit einem Kompromiss, der auch Unzufriedenheit einzelner Gruppen zurücklassen würde, voranschreiten, hat sich der lange und bisweilen durchaus zähe Prozess in jedem Fall gelohnt. Lassen Sie mich ein Wort zu den Provisorien sagen: Wenn wir an der Jakob-Gretser-Schule bauen, möglicherweise sogar in einem Bauabschnitt durchgehend, dann werden wir den Schülerinnen und Schülern und dem Lehrerkollegium manche Einschränkung zumuten, da es sich dann um einen sehr überschaubaren Zeitraum von etwa 2 Schuljahren handeln wird. In Leimbach aber sind wir vom Bauen noch ein gutes Stück entfernt. Deswegen haben wir das Provisorium in Leimbach so ausgerichtet, dass die Flächen den Anforderungen an zeitgemäßen Grundschulunterricht entsprechen. Wenn sich nun die nie ganz exakt planbaren Schülerzahlen so entwickeln, dass wir einen der Klassenräume auch im kommenden Schuljahr noch nicht benötigen würden, so ist dies weit weniger ärgerlich, als wenn wir kleiner gebaut hätten und bereits fürs kommende Schuljahr feststellen müssten, dass die Kapazitäten nochmals erweitert werden müssten. Beim Bischofsschloss sind wir, was die Planungen angeht, bereits einen Schritt weiter als in der Grundschule: Im Juni werden wir die mit allen Genehmigungsbehörden und dem Landesdenkmalamt abgestimmte Entwurfsplanung vorstellen können. Das Planer Team hat anlässlich der vergangenen Gemeinderatssitzung deutlich gemacht, in welche Richtung die Optimierungen laufen: Möglichst geringe Eingriffe in den Bestand und möglichst hoher Respekt vor der Geschichte. Noch gespannter als diese Planung wird die Kostenberechnung ebenfalls für diesen Termin erwartet. Auch diese wird auf der Basis verbindlicher Ergebnisse der Bestandsanalyse, der Abstimmungen mit Denkmalamt, Baurechtsbehörden und den konkreten Lösungsvorschlägen zur Haustechnik erarbeitet sein und somit eine höchstmögliche Kostensicherheit bieten. Vor einem Baubeschluss wollen wir in den Tagen und Wochen nach dieser Präsentation Raum für eine öffentliche Diskussion bieten, in der es darum gehen wird, zu vermitteln, dass wir dieses großartige Ensemble baulich, brandschutztechnisch und denkmalpflegerisch auf den Stand der Zeit bringen und es in eine Zukunft öffentlicher Nutzung und Verfügbarkeit überführen müssen. Diese Ziele werden wir nur mit der vorliegenden Planung erreichen. Durch eine Veräußerung verlören wir praktisch jeden Einfluss auf Nutzung und Zustand, eine andere Nutzung in eigener Hand belastete unseren Haushalt immer in vergleichbarer Weise, ohne dass die Aufgabe Rathuserweiterung entfallen würde. Dem hohen öffentlichen Interesse wegen, das dieser Punkt verdient, werden wir die betreffende Sitzung des Gemeinderates in unserer Stadthalle durchführen. Und wenn wir über Hochbauprojekte sprechen, so werden wir auch weiterhin regelmäßig über Kindertagesstätten sprechen. 6 Gruppen im Markdorfer Süden und 2 zusätzliche Gruppen bei St. Elisabeth werden wir benötigen, um den ärgsten Druck im U3-Bereich abzufedern und die Anforderungen im Ü3-Bereich auf dem in Markdorf gewohnten Niveau zu erfüllen. Über die Einrichtung von festen Waldkindergartengruppen werden wir ebenfalls diskutieren. Nicht nur, um weitere notwendige Kapazitäten zu schaffen, sondern auch, weil es dem Wunsch einer ansehnlichen

Gruppe von potentiellen Nutzern entspricht. Aber auch wenn wir alle diese neuen Gruppen eingerichtet haben werden, werden wir nicht am Ende des U3-Ausbaus sein. Nicht wegen des Wachstums unserer Stadt, sondern weil seither der gesetzliche Anspruch auf U3-Betreuung von weniger als 50% der Familien eingefordert wird. Hier müssen wir weiterhin mit steigenden Zahlen rechnen.